

Israels ehemaliger Generalstaatsanwalt sagt sein Land ist ein Apartheidregime

middleeasteye.net, 11.02.22

Michael Ben-Yair stimmt dem Amnesty-Bericht zu und fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Apartheid anzuerkennen.

„Millionen von Palästinensern zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer werden dauerhaft ihrer bürgerlichen und politischen Rechte beraubt“.

Michael Ben-Yair

Der ehemalige israelische Generalstaatsanwalt Michael Ben-Yair sagte am Donnerstag, sein Land sei ein „Apartheidregime“, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, diese Tatsache anzuerkennen und Israel zur Verantwortung zu ziehen.

In einem in der irischen Zeitung *The Journal* veröffentlichten Artikel erklärte Ben-Yair, er stimme dem Bericht von *Amnesty International* zu, in dem Israel letzte Woche als Apartheidstaat eingestuft wurde.

„Ich muss mit großer Traurigkeit feststellen, dass mein Land politisch und moralisch so tief gesunken ist, dass es nun ein Apartheidregime ist“, sagte Ben-Yair.

Der 79-Jährige, der zwischen 1993 und 1996 Generalstaatsanwalt des Staates Israels war, sagte, dass israelische Gerichte „diskriminierende Gesetze“ anwenden, um Palästinenser:innen aus der besetzten Westbank und Ostjerusalem zu vertreiben, was zur „anhaltenden Herrschaft über diese Gebiete“ beiträgt.

„Es ist das israelische Kabinett für Siedlungen, das jede illegale Siedlung in den besetzten Gebieten genehmigt. In meiner Funktion als Generalstaatsanwalt habe ich die Enteignung von privatem palästinensischem Land genehmigt, um Infrastruktur wie Straßen bauen zu können, die den Ausbau der Siedlungen gefördert haben“, sagte er.

Millionen von Palästinenser:innen zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer werden dauerhaft ihrer bürgerlichen und politischen Rechte beraubt, fügte Ben-Yair hinzu und sagte, dass der „Status quo vor Ort eine moralische Ungeheulichkeit“ sei. Ben-Yairs Kommentare erschienen eine Woche, nachdem auch Amnesty, wie zuvor andere Organisationen, Israel als Apartheidstaat bezeichnete und sich damit in eine Reihe von Menschenrechtsgruppen einreihete, die diesen Begriff zur Beschreibung der diskriminierenden Behandlung der Palästinenser:innen durch Israel verwendet haben.

Apartheid ist ein im internationalen Recht definierter Rechtsbegriff, der sich auf die systematische Unterdrückung einer ethnischen Gruppe gegenüber einer anderen bezieht.

Neben seiner Tätigkeit als Generalstaatsanwalt war Ben-Yair auch Richter am Obersten Gerichtshof Israels.

In dem 280-seitigen Bericht, der auf Untersuchungen von 2017 bis 2021 beruht, kommt Amnesty zu dem

Schluss, dass Israel seit 1948 eine Politik verfolgt, die „jüdischen Israelis zugutekommt, während die Rechte der Palästinenser:innen begrenzt werden“.

„Israels System der institutionalisierten Segregation und Diskriminierung von Palästinenser:innen als ethnische Gruppe in allen von ihm kontrollierten Gebieten kommt einem Apartheidsystem gleich und stellt eine schwerwiegende Verletzung der israelischen Menschenrechtsverpflichtungen dar“, so Amnesty.

„Die Segregation erfolgt auf systematische und stark institutionalisierte Weise durch Gesetze, Maßnahmen und Praktiken, die allesamt darauf abzielen, Palästinenser:innen daran zu hindern, gleiche Rechte wie jüdische Israelis zu beanspruchen und zu genießen.“

Dies gilt sowohl für die palästinensischen Bürger:innen Israels, die 20 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, als auch für die fünf Millionen Palästinenser:innen, die unter israelischer Besatzung leben.

Vor der Veröffentlichung des Berichts forderte Israel die Menschenrechtsgruppe auf, die Studie nicht zu veröffentlichen, und bezeichnete die Schlussfolgerungen als „falsch, voreingenommen und antisemitisch“.

Der israelische Außenminister Yair Lapid sagte, Amnesty sei „nur eine weitere radikale Organisation, die Propaganda verbreitet, ohne die Fakten ernsthaft zu prüfen“, und beschuldigte sie, „dieselben Lügen zu wiederholen, die auch von terroristischen Organisationen verbreitet werden“.

„Israel ist nicht perfekt, aber wir sind eine Demokratie, die dem internationalen Recht verpflichtet ist, offen für Kritik, mit einer freien Presse und einem starken und unabhängigen Justizsystem“, sagte Lapid in einer Erklärung.

Auch die USA lehnten die Bezeichnung der Apartheid ab. „Wir weisen die Sichtweise zurück, dass Israels Handlungen Apartheid darstellen. In den Berichten des Ministeriums wurde eine solche Terminologie nie verwendet“, erklärte der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, letzte Woche gegenüber Reportern. „Wir halten es für wichtig, dass dem jüdischen Volk als einzigem jüdischen Staat der Welt sein Recht auf Selbstbestimmung nicht verweigert wird, und wir müssen sicherstellen, dass nicht mit zweierlei Maß gemessen wird.“

Die Generalsekretärin von Amnesty, Agnes Callamard, wies in einem Interview mit *Middle East Eye* die Kritik an dem Bericht als „Propaganda und ideologisch“ zurück, die nicht auf Fakten basiere.

„Haben Sie eine Bewertung vorgenommen? Haben Sie darüber nachgedacht, was die Bedeutung von Apartheid nach internationalem Recht ist? Haben Sie überhaupt versucht zu prüfen, ob die Politik oder die Praktiken Israels dieser Definition entsprechen? Nein“, sagte Callamard als Antwort auf den Standpunkt der USA. „Wir dürfen uns in diesen Fragen nicht von der israelischen Regierung als Geisel nehmen lassen. Wir müssen ganz klar sagen, dass unsere Arbeit auf internationalen Menschenrechtsstandards beruht. Und diese Anschuldigungen werden uns nicht ablenken.“

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/israel-apartheid-amnesty-report-attorney-general>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de